

**Informationen zu den
Haushaltsberatungen 2006
für den Bereich
Arbeit, Gesundheit und Soziales**

Mai 2006

Impressum

Herausgeberin
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
www.gruene.landtag.nrw.de

Weitere Informationen

Barbara Steffens MdL
Sozialpolitische Sprecherin
Tel 0211/884-2963
barbara.steffens@landtag.nrw.de

Harald Wölter
wissenschaftlicher Mitarbeiter
Tel 0211/884-2878
harald.woelter@landtag.nrw.de

Mai 2006

Informationen zu den Haushaltsberatungen 2006 für den Bereich Arbeit, Soziales und Gesundheit



Liebe Freundinnen und Freunde,

die Grüne Landtagsfraktion hat in den vergangenen Wochen ein Paket zur Abstimmung in den Ausschüssen vorgelegt, das wesentliche soziale Schieflagen des bisherigen Entwurfs der Landesregierung bereinigt hätte und trotzdem noch kostenmäßig mehr als 100 Millionen Euro unterhalb des von schwarz-gelb verabschiedeten Haushalts bleibt. CDU und FDP haben mit ihrem Haushaltsentwurf etliche zentrale Wahlkampfversprechen gebrochen und bedienen gleichzeitig schamlos Klientelinteressen. Wir setzen dem deutliche sozial-ökologische Akzente entgegen. Grünes Ziel war es bei den Haushaltsberatungen, die Zerschlagung der sozialen Infrastruktur zu verhindern und gleichzeitig Neuansätze für eine zukunftsfähige soziale Wirtschafts- und Umweltpolitik zu schaffen. Wir

haben dabei Umschichtungen in einer Größenordnung von mehr als 300 Millionen Euro vorgeschlagen. Grüne wollen durch einen deutlichen Abbau überflüssiger Subventionen Spielräume für eine zukunftsfähige Politik schaffen.

Die Grüne Landtagsfraktion hat bei den Haushaltsberatungen 2006 für den Bereich Arbeit, Soziales und Gesundheit in den Fachausschüssen eine Vielzahl von Änderungsanträgen gestellt, mit denen die von der CDU/FDP-Landesregierung vorgesehenen Kürzungen im Haushalt des Sozialministeriums rückgängig gemacht werden sollten. Mit unserem Antragspaket haben wir deutlich gemacht, dass es eine Alternative zur unsozialen und zukunftsfeindlichen Politik von CDU und FDP gibt.

Arbeit

Das Land NRW hat mit den Dienstleistungspools (DLP) erste Erfahrungen gemacht, die gezeigt haben, dass es durchaus gelingen kann auch Personengruppen mit Arbeitsmarkthemmnissen und geringen formalen Qualifikationen in das Tätigkeitsfeld haushaltsnaher Dienstleistungen zu integrieren. Die DLP konnten sich nach einer Anlaufzeit mit Fördergeldern wirtschaftlich am Markt behaupten. Dazu waren die Ansätze zur Qualitätssicherung und die Qualifizierung der Mitarbeiter/-innen unverzichtbar. Der stufenweise Aufbau einer landesweiten Struktur von Dienstleistungspools kann mit den Mitteln dieser Titelgruppe entscheidend vorangebracht werden. Deshalb haben wir beantragt, dass zur Anschubfinanzierung einer landesweiten Struktur sowie für Qualifizierungsmaßnahmen auch Mittel des Europäischen Sozialfonds eingesetzt werden können. Dieser Haushalts-

antrag steht im Zusammenhang zu unserer Initiative zum Ausbau der haushaltsnahen Dienstleistungen. Ziel ist es, der steigenden Anzahl von Menschen mit Unterstützungsbedarf für eine selbstständige Haushaltsführung ein bedarfsgerechtes und bezahlbares Angebot zu bieten. Damit wollen wir dem steigenden Bedarf an haushaltsnahen Dienstleistungen begegnen und neue Zugänge im Lebensumfeld und im Wohnquartier in enger Verzahnung mit dem Wohnen eröffnen. Wir fordern ein flächendeckendes Handlungskonzept, das die Genderaspekte mit einbezieht. Neben der Einrichtung von Service-Stellen in allen kreisfreien Kommunen und Kreisen und einer besseren Vernetzung der Angebotsstrukturen sollen insbesondere arbeitsmarktpolitische Instrumentarien genutzt werden. Hierzu gehören auch die Förderung von Dienstleistungspools und die Schaffung von

sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in diesem Bereich. Dabei soll interessierten Personen, die erwerbslos sind, eine Perspektive für eine qualifizierte Erwerbstätigkeit gegeben werden. (siehe auch Antrag Haushaltsnahe Dienstleistungen ausbauen, Drucksache 14/1433).

Der Haushaltsentwurf sieht deutliche Reduzierungen bei den Landesmitteln für einige qualitativ hochwertige Förderprogramme für Jugendliche ohne Ausbildung und für langzeitarbeitslose Jugendliche vor. Im Gegenzug hatte das Laumann-Ministerium erhebliche

Mittel für das Werkstattjahr bereitgestellt. Dieses Programm wird jedoch den Problemlagen und dem Förderbedarf der Zielgruppe nicht gerecht, besonders weil eine sozialpädagogische Flankierung fehlt. Dies hat eine Anhörung im Landtag deutlich gezeigt. Deshalb haben wir beantragt die Umschichtungen zurückzunehmen und die Initiative „Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher“, das Projekt „Betrieb und Schule“ (BUS) und die „Maßnahmen für noch schulpflichtige, aber schulmüde Jugendliche außerhalb des Lernortes Schule“ wieder angemessen auszustatten. Auch dem Programm „Jugend in Arbeit“ sol-

len zusätzliche Mittel entsprechend den Anträgen aus den Regionen aus nicht verausgabten Titelgruppen zufließen können. Die Ergebnisse der letzten Jahre zeigen, dass das Programm außerordentlich zielgenau Jugendliche darin unterstützt hat Wege in Ausbildung oder in Arbeit zu eröffnen. Uns geht es darum, mit den Mitteln des ESF passgenaue, differenzierte und auf die individuelle Problemlage zugeschnittene Förder- und Unterstützungsprogramme zu ermöglichen. (siehe auch Antrag Soziale Gerechtigkeit statt Perspektivlosigkeit in teuren Warteschleifen - Chancen für Ausbildung und Beruf sichern, Drucksache 14/1882).

Wohlfahrtspflege und Stiftung

Die im Haushaltsplanentwurf vorgesehene Absenkung im Bereich der Stiftung Wohlfahrtspflege entspricht fast einer 45%-igen Kürzung. Die GRÜNE Landtagsfraktion hat deshalb 11 Mio Euro zusätzlich für diesen Bereich beantragt. Damit soll wieder ein Bewilligungsrahmen - wie in den Vorjahren - in Höhe von insgesamt 25 Mio Euro erreicht werden. Bisher konnten damit jährlich etwa 270

wichtige Projekte insbesondere im Bereich der Alten- und Behindertenhilfe landesweit gefördert werden. Eine entsprechende Kürzung hätte zur Folge, dass zahlreiche Projekte nicht realisiert werden können.

Darüber hinaus haben sich die GRÜNEN gegen eine weitere Absenkung der Zuschüsse an die Freie Wohlfahrtspflege ausgesprochen. Denn

bereits in den vergangenen Jahren haben die Wohlfahrtsverbände einen erheblich Konsolidierungsbeitrag geleistet. Eine weitere für das Haushaltsjahr 2006 vorgesehene Kürzung der Globaldotationen würde sich u.a. negativ auf die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, der Selbsthilfe und auf die sozialen Hilfeeangebote auswirken.

Pflege

Der GRÜNE Landtagsfraktion hat gefordert, dass die von der Landesregierung vorgesehenen Kürzungen in der Pflegepolitik zurückgenommen und insgesamt 1.900.000 Euro zusätzlich für diesen Bereich investieren werden. Neben der Sicherung der Finanzierung der Wohnberatungsstellen sollten die Mittel für die Erstellung von notwendigen Informationsmaterialien bereitgestellt werden. Zudem sollte mit den zusätzlichen Geldern die Arbeit der Regionalstellen für Neue Wohnformen für ältere und pflegebedürftige Menschen gesichert bleiben und die vorgesehenen Kür-

zung in diesem Bereich rückgängig gemacht werden. Gesichert werden sollte auch die Weiterführung des Förderprogramms für gemeinschaftliche Wohnprojekte älterer und behinderter Menschen. Über dieses bundesweit bisher einmalige Förderprogramm konnte bisher eine Vielzahl von modellhaften Wohnprojekten initiiert und errichtet werden. Die schwarz-gelbe Landesregierung beabsichtigt dieses Programm gänzlich zu streichen.

Schließlich haben die GRÜNEN von diesen zusätzlichen Mitteln 400.000

Euro für die Altenpflegeausbildung vorgesehen. Hiermit sollte die von der Landesregierung vorgenommenen Kürzung der Pauschale für die Altenpflege Fachseminare von 317 Euro pro belegten Ausbildungsplatz auf 300 Euro in 2006 wieder rückgängig gemacht und die ab 2007 geplante weitere Absenkung auf 280 Euro verhindert werden. Denn eine Kürzung ist nicht sachgerecht und schließlich auch kontraproduktiv wenn es darum geht, zusätzliche Ausbildungsplätze in den Fachseminaren zu schaffen. Mit der Absenkung der Pauschalen besteht vielmehr die Gefahr, dass

insbesondere die kleineren Fachseminare geschlossen werden müssen. Die Folge wäre, dass in 2006 und in den kommenden Jahren weniger Aus-

bildungsplätze zur Verfügung stehen würden und damit nicht einmal die Platzkapazitäten der Vorjahre ge-

halten, geschweige denn ausgebaut werden könnten.

Krankenhäuser

Die GRÜNE Landtagfraktion kritisiert den im vergangenen Jahr durch die schwarz-gelbe Landesregierung verfügten Bewilligungsstopp für Baumaßnahmen bei Krankenhäusern. Zur Verbesserung der Situation in den Krankenhäusern haben wir deshalb zunächst die Einrichtung eines zusätzlichen Finanzierungstopfes

für bauliche Anpassungsmaßnahmen eingefordert, die u.a. aufgrund von gesetzlichen Vorgaben notwendig geworden sind. Für diesen „Feuerwehrtopf“ haben wir insgesamt 60 Mio Euro beantragt. Davon sind 30 Mio Euro als Barmittel für dieses Jahr und weitere 30 Mio Euro als Verpflichtungsermächtigung für das

nächste Jahr vorgesehen, damit auch investive Maßnahmen, die bis in das nächste Haushaltsjahr reichen, umgesetzt werden können. Über diese kurzfristig angelegte Maßnahme hinaus bedarf es allerdings einer grundsätzlichen Verbesserung bei der Finanzierung investiver Maßnahmen im Krankenhausbereich.

Drogen- und Suchthilfe

Die GRÜNE Landtagsfraktion hat sich im Rahmen der Haushaltsberatung für die Beibehaltung und Sicherung der Drogen- und Suchthilfearbeit im bisherigen Umfang eingesetzt. Mit einer Anhebung der Haushaltsmittel um insgesamt 3.246.000 Euro für den Drogen- und Suchtbereich sollten die von „schwarz-gelb“ vorgesehenen Kürzungen verhindert werden. Wir wollten damit erreichen, dass die niedrigschwelligen Beratungs- und Unterstützungsangebote (wie Drogenkontaktcafés u.a.) im bisherigen Umfang ohne Kürzung der Fördermittel weitergeführt werden, die Landesfachstelle Frauen und Sucht im vollen Umfang als eigenständige Einrichtung bestehen und ebenso die Förderung der Suchtselbsthilfe voll erhalten bleibt. Hierzu gehört auch die Beibehaltung der Förderung für die Landesverbände der Selbsthilfe im Bereich Drogen- und Suchthilfe. Zurückgenommen werden sollten auch die Kürzung bei

den AIDS-Präventionsmaßnahmen und der Landeskoordinationsstelle für Suchtvorbeugung (GINKO). Eingefordert haben wir auch die Mittel zur Weiterführung des Projektes Spritzenautomaten, das mithilfe einer Ausbreitung von Infektionen bei DrogengebraucherInnen entgegenzuwirken. Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat sich schließlich einvernehmlich dafür ausgesprochen, dass die Spritzenautomaten auch weiterhin aus dem Haushaltsbudgets für den Bereich Drogen- und Suchthilfe gefördert werden sollen.

Zudem haben sich die GRÜNEN für den Erhalt der Förderung externer Drogenfachkräfte im Bereich der Justizvollzugsanstalten eingesetzt. Denn Drogenhilfe in den Haftanstalten stellt einen wichtigen Beitrag für eine Rehabilitation dar. Die Tätigkeit der externen Drogenberatung verhindert zudem weitaus

höhere Folgekosten, da hierüber mitgeholfen wird, Kosten für Hafttage einzusparen. Die GRÜNE Landtagsfraktion hat deshalb bei den Haushaltsberatungen zusätzliche Mittel in Höhe von 492.000 Euro zum Erhalt aller derzeit über Landesmittel mitfinanzierten Drogenfachkräfte beantragt (nach Angaben der Landesregierung derzeit 24 Stellen). Der Antrag der GRÜNEN sieht dabei vor, diesen Haushaltstopf nicht mehr wie bisher im Haushalt des Sozial- und Gesundheitsministeriums sondern in dem des Justizministeriums zu verankern. Da sich die erfolgreiche Arbeit der Drogenfachkräfte auch positiv auf den Justizhaushalt auswirkt, macht es Sinn, die Haushaltsmittel auch in den entsprechenden Haushaltsplan einzuordnen. Dadurch kann ein größerer Anreiz seitens des zuständigen Ministeriums bestehen, die Haushaltsmittel für diesen Bereich auch längerfristig zu sichern.

Gesundheitshilfe, HIV und AIDS

Im Bereich der Gesundheitshilfe haben sich die Grünen für eine Rück-

nahme der im Haushaltsplanentwurf vorgesehenen Kürzungen in Höhe

von 276.400 Euro eingesetzt. Die Mittel sollten u.a. dafür verwendet

werden, die von der Landesregierung durchgeführte Streichung der Förderung der Landeskoordinierungsstelle „Frauen und Gesundheit“ (210.000 Euro) zurückzunehmen, damit die erfolgreiche Arbeit der Koordinierungsstelle weitergeführt werden kann. Zudem sollten die Landesverbände der gesundheitlichen

Selbsthilfe weiterhin, wie in den vergangenen Haushaltsjahren, unterstützt werden.

Für den Bereich HIV und AIDS haben die GRÜNEN die Rücknahme der von der Landesregierung vorgesehenen Kürzung in Höhe von 308.000 Euro gefordert. Gerade vor dem Hinter-

grund der zunehmenden Fallzahlen von Neuinfektionen, muss die Präventionsarbeit weiterentwickelt und intensiviert werden. Es sollte u.a. die bisherige Präventionsarbeit der AIDS-Hilfe gestärkt und zudem erreicht werden, dass wieder alle Youth-Worker-Stellen für diesen Bereich besetzt werden können.

Maßregelvollzug

Die Landesregierung hat für den Maßregelvollzug drastische Kürzungen vorgesehen. Für die Sicherung einer qualitativen Umsetzung des Maßregelvollzugs in den forensischen Kliniken haben wir deshalb zusätzliche

Mittel in Höhe von 11,7 Mio Euro beantragt. Damit hätten wieder Haushaltsmittel für den Maßregelvollzug in den Einrichtungen in Höhe des Vorjahres zur Verfügung gestanden. Mit dem Antrag war außerdem vor-

gesehen, den Landschaftsverbänden die Möglichkeit zu geben, einen Teil dieser Mittel (4,5 Mio Euro) für kurzfristige bauliche Maßnahmen zu verwenden.

Altenpolitik

Für den Bereich Seniorenpolitik haben wir 884.000 Euro zusätzlich gefordert, um damit u.a. die Weiterentwicklung der komplementären ambulanten Dienste und Projekte bezüglich Lebensformen im Alter und demografischer Wandel in den

Kommunen und Wohnquartieren stärker zu fördern. Besonders in diesen Bereichen müssen gemeinsame Strategien und Konzepte zur Weiterentwicklung neuer zeitgemäßer Wohn- und Versorgungsformen, die alle Zielgruppen mit einbeziehen,

entwickelt werden. Dabei gilt es ein flexibles, in einem Netzwerk integriertes Angebot zu schaffen. Ebenso sollten die von der Landesregierung vorgesehene Streichung der Förderung der Selbsthilfeeinheiten von ZWAR rückgängig gemacht werden.

Hilfen für Wohnungslose

Bisher konnten durch das Landesprogramm Hilfen für Wohnungslose über 120 Modellprojekte in 42 Kommunen gefördert und damit ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung der Arbeit in der Wohnungslosenhilfe geleistet

werden. Für das Haushaltsjahr haben wir 280.000 Euro zusätzlich und damit Haushaltsmittel in Höhe des Vorjahres beantragt. Diese Mittel sind notwendig, damit neue zielgruppenspezifische Projekte geför-

dert werden können. Schwerpunkte sollten hierbei u.a. Projekte für allein stehende wohnungslose Frauen und ältere Wohnungslose sein.

Alle oben dargestellten Anträge der GRÜNEN Landtagsfraktion zum Haushalt 2006 sind mit den Stimmen der CDU und FDP abgelehnt worden.

Übersicht der GRÜNEN Haushaltsanträge (nur Bereich Arbeit, Gesundheit, Soziales)

Bereich/Kapitel	Haushalt 2005 (alte Landesregierung rot-grün)	Haushalt 2006 (neue Landesregierung schwarz-gelb)	Änderungsanträge der GRÜNEN zum Haushaltentwurf 2006
-----------------	--	--	---

Beraten im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Zielgruppen, modernisierungs- und strukturbezogene Arbeitsmarktmaßnahmen Ziel 3	2.560.000	1.270.000	+ 1.290.000
Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege	9.816.700	9.326.000	+ 490.700
Stiftung Wohlfahrtspflege	25.065.000	14.000.000	+ 11.065.000
Altenpflegeausbildung	30.602.200	31.000.000	+ 400.000
Pflegebedürftige Menschen: Wohnberatung, Qualitätssicherung, Neue Wohnformen, Seniorenwirtschaft	3.593.000	3.078.100	+ 1.500.000
Investitionen an Krankenhäusern (21 Abs.1 KHG NW)	150.219.100 VE: 255.000.000	120.280.500 VE: 30.000.000	+ 30.000.000 VE + 30.000.000
Immunschwäche AIDS	4.382.100 VE: 300.000	4.074,100 VE: 300.000	+ 308.000
Bekämpfung Suchtgefahren	15.844.400 VE: 2.947.200	12.108.000 VE: 2.647.000	+3.736.400 VE: + 300.000
Gesundheitshilfe, u.a. Mütter- u Kindergesundheitshilfe, Prävention, Gesundheitsförderung, Selbsthilfe, Behindertenverbände, Gesundheitliche Betreuung, Hospizbewegung, Sterbebegleitung, Frauengesundheitszentren	2.532.700 VE: 710.000	2.256.300 VE: 710.000	-+ 276.400
Maßregelvollzug Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in Anstalten	260.505.000 VE: 61.736.300	248.539.600 VE: 62.535.000	+ 11.700.000 VE: +798.700

Beraten im Justizausschuss

Externe Drogenfachkräfte für die Justizvollzugsanstalten	Bislang aus dem Haushalt des Gesundheitsministeriums finanziert.	---	+ 492.000
---	--	-----	------------------

Beraten im Ausschuss für Generationen

Seniorenpolitik, Seniorenwirtschaft, Lebensformen im Alter, generationsübergreifende Fragen, demografischer Wandel	4.070.500	3.186.400	+ 884.100
Hilfen für Wohnungslose	1.400.000 VE: 700,000	1.120.000 VE:490.000	+ 280.000 VE:+210.000

VE=Verpflichtungsermächtigung